



WÄHLEN GEHEN: JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

**„Studis“ und „Azubis“
gestalten die Zukunft**

Vom 9. bis 11. April werden die Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf Behörden- und Landesebene neu gewählt. Die GdP wird mit einem überzeugenden Personalangebot am Start sein und wirbt für eine hohe Wahlbeteiligung als Basis einer wirkungsvollen Interessenvertretung.

**GdP-Unterstützung
von Anfang an**

Die GdP hat bereits im Januar die Wahlvorstände beschult und steht stets mit Rat und Tat zur Seite.

Unter Anleitung von **Ingo Schütte** und **Roland Grenner** vom GdP-Landesvorstand arbeiteten sich die Wahlvorstände vom PP Koblenz, PP Westpfalz, PP ELT, der HdP und für die Haupt-JAV auf Landesebene durch den Paragrafenschungel des LPersVG und der Wahlordnung.

Rauchende Köpfe

Spätestens nach der kurzen Mittagspause rauchten vereinzelt die Köpfe und es gab vielfach große Augen angesichts der Fülle der Formvorschriften und einzuhaltenden Fristen.

Gut gerüstet und mit hilfreichen Unterlagen ausgestattet beginnt jetzt die Arbeit der Wahlvorstände. **Die GdP wünscht allen ein gutes Gelingen und eine erfolgreiche JAV-Wahl.**

Auf Briefwahl achten

Für den 16. und 18. BA sowie für die Studiengruppen des 15. und 19. BA, die an den Wahltagen keine Gelegenheit zur persönlichen Stimmabgabe haben, ist Briefwahl angeordnet.

Darüber hinaus ist für die Wahl zur Haupt-JAV auch für alle Wahlberechtigten außerhalb der HdP Briefwahl angeordnet.

Die erforderlichen Wahlunterlagen werden ohne weiteren Antrag rechtzeitig vor Wahlbeginn an die Wohnadresse gesendet.

Fabian Schnieders – HdP:



„Ich möchte mich zukünftig in der JAV/ HJAV engagieren und kompetenter Ansprechpartner für die Anliegen der Studierenden sein. Dank der GdP gibt es immer jemanden, der die

Antwort weiß oder helfen kann. Als Angehöriger des 19. Bachelors stehen mein offenes Ohr und meine Hilfsbereitschaft den Mitstudierenden noch gute zwei Jahre zur Verfügung.“

Jörg Runge – Landeskriminalamt:



Ich arbeite seit 2015 in der Haupt-JAV mit und empfinde diese Möglichkeit der Beteiligung als einzigartige Gelegenheit, dazu beizutragen, dass auch Auszubildende (aller Jahrgänge) Gehör finden.

In den vergangenen beiden Amtszeiten der HJAV habe ich erlebt, dass der GdP viel daran gelegen ist, auch die Stimme der Auszubildenden aus der Verwaltung zu hören und diese ernst zu nehmen.“

Jennifer Koch – PP ELT:



„Ich bin die Vorsitzende der Haupt-JAV. In den vergangenen zwei Jahren habe ich die Ideen, Meinungen und Probleme der Studierenden und Auszubildenden in den Hauptpersonalrat Polizei

getragen. Der Austausch mit den regionalen JAVen und mit vielen Studierenden sowie der Rückhalt durch die GdP war für meine Arbeit sehr wichtig.“

Katia Schumacher – HdP:



Ich bin Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP) HdP und will die Interessen der Studierenden und Auszubildenden am Campus vertreten. Es ist mir wichtig, ein

angenehmes Beisammensein an der HdP zu fördern, das Studium zu verbessern sowie für die Probleme jedes Einzelnen da zu sein. Mit meinem Netzwerk an Kontakten und meinem Erfahrungswissen mache ich mich für Euch stark. Dafür ist es aber wichtig, dass Ihr von Eurem Wahlrecht Gebrauch macht und uns unterstützt! Ihr seid unsere Basis, unser Rückhalt. Ohne Euch geht nichts.

Bennet Hau - HdP:



„Ich bin Studierender des 17. Bachelors an der HdP und möchte mich in der Haupt-JAV engagieren, da mir viel an Rheinland-Pfalz und der Polizei liegt.

Mit einer gut aufgestellten Haupt-JAV können wir viel erreichen und aktiv zur Verbesserung unserer Polizei beitragen. Davon bin ich überzeugt.“

Jennifer Otto - PP Mainz/KDD:



Ich bin Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz und vertrete, gemeinsam mit meinem Vorstand, die Interessen von über 2600 Kolleginnen und Kollegen

unter 30 Jahren. Wir sind der Rückhalt der Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Brücke zu den Fähigkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten durch die weltweit größte Polizeigewerkschaft – die GdP. Wir versuchen durch unsere Aktivitäten die jungen Kolleginnen und Kollegen dazu zu bewegen, sich selbst für ihre Interessen und eine fortschrittliche Polizei einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Das tun unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die JAVen und die Haupt-JAV. Ich wünsche mir eine hohe Wahlbeteiligung als Signal einer großen solidarischen Gemeinschaft, die den Vertretungsorganen den Rücken stärkt.



Erfolg: Ruhestandsausweis

„Der Ruhestandsausweis in einer angemessenen Form – analog zum Dienstausweis – ist lange von uns gefordert worden. Gut und richtig, dass er jetzt eingeführt wird“, freut sich der Landesseniorenvorsitzende **Josef Schumacher**.

Anfang Februar hat das MdI mitgeteilt, dass es soweit sei. Die Behörden wurden ermächtigt, die Ausweise auszustellen und haben detaillierte Anweisungen erhalten. Aus den zuständigen Polizeiverwaltungen hören wir, dass es sinnvoll sei, den Ausweis umgehend dort zu beantragen. Es sei für die Sachbearbeitung wesentlich einfacher, wenn die Personendaten noch im System IPEMA vorhanden seien.

Zügig beantragen

Josef Schumacher: „Diesen Hinweis greifen wir gerne auf und fordern unsere Mitglieder auf, den Ausweis zü-



So wird der neue Ruhestandsausweis – angelehnt an den Dienstausweis – aussehen.

gig bei den personalverwaltenden Stellen ihrer letzten Behörde zu beantragen.“

Prall gefüllte Tagesordnung

Die Tagesordnung der ersten Sitzung des Jahres 2019 war prall gefüllt.

Unter anderem ging es um die Vorbereitung des Landesseniorentages am 15. Oktober und – nach wie vor – um die Umsetzung der mit der Seniorenrichtlinie gültigen neuen Strukturen auf Bezirksebene.

Neue Strukturen umsetzen

Worum geht es: Die Richtlinien sehen auf der Ebene der Bezirksgruppen die Bildung eines Seniorenvorstandes vor. Dazu führen die Kolleginnen und Kollegen des Landesvorstandes der Senioren jetzt nach und nach Gespräche mit den „Bezirksfürsten“ der GdP.

Ruhestand im Wandel

Neben dem bewährten Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand soll ein Seminar „Ruhestand im Wandel“ etabliert werden.

Neben dem neuen Vorstandsmitglied Margarethe Relet, die die Belange der Tarifbeschäftigten vertritt, begrüßte Schumacher auch erstmals Hermann Lutz, dessen vielfältige Erfahrungen für die Seniorenprojekte genutzt werden sollen.

Nähere Infos unter:
www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/ld/seniors



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

GdP-Westpfalz: Spende für Vierlinge

Die GdP-Kreisgruppe im PP Westpfalz hat auf Anregung des früheren Kollegen **Wolfgang Denzer** (heute Bürgermeister der VG Rodalben) dieses Mal ein ganz besonderes „Projekt“ für die beim traditionellen „Nikolaus-Hoffest“ im Innenhof des Präsidiums gesammelte Spende gefunden. 400 Euro und eine „Windeltorte“ übergaben die Kollegen **Peter Adler** und **Uwe Leitheiser** an eine junge Familie in Clausen. Die am 12. November zur Welt gekommenen Vierlinge der Familie (zwei eineiige Pärchen), **Liah** und **Malea**, **Luan** und **Jonah**, sind nach einem mehrwöchigen Klinikaufenthalt nach Hause gekommen. Die GdP-Kollegen waren sich sicher, dass sie jede Unterstützung dringend benötigen.



Im Foto von links:
Torsten Kalina (Vater), **Peter Adler** (Vorsitzender KG PP WP), **Lorena Acker** (Mutter), **Uwe Leitheiser** (Vorstandsmitglied KG PP WP), **Wolfgang Denzer**

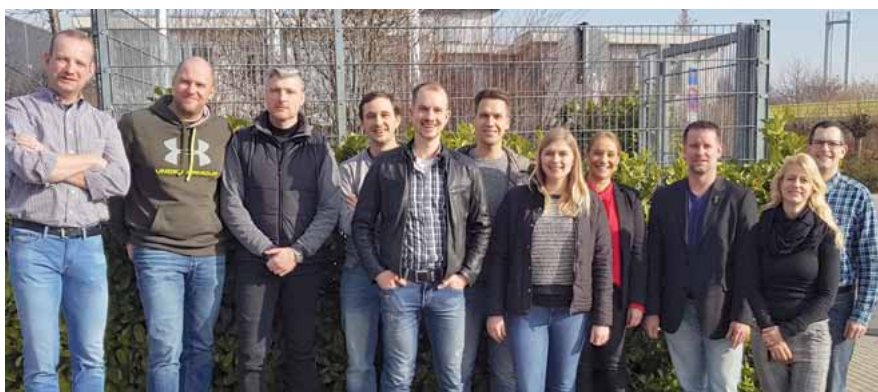


FACHAUSSCHÜSSE DER GdP KONSTITUIERT

Fundamente der GdP-Arbeit



Der **Fachausschuss Technik** (v. l. n. r.): Robert Dörflinger, Alfried Cuidon, André Kaiser, Ingo Schütte, Axel Gräff, Jannik Rohr, Markus Brandmaier, Erik Döhn, Elmar Walter, Rüdiger Billmayer, (vorne in der Hocke): Roberto De Filippo, Heiko Fauß, Achim Franzen Alle Fotos: NKS



Der **Fachausschuss Schutzpolizei** (v. l. n. r.): Jörg Neuerburg, Thomas Fischer, Peter Hütt, Peter Resch, Timo Becker, Pascal Rowald, Janina Laddach, Stefanie Grün, Ingo Schütte, Corinna Koch, Raphael Schäfer, Ingo Schütte verantwortet im gLV die **Fachausschüsse Schutzpolizei und Technik**.



Der **Fachausschuss Beamtenrecht und Besoldung** (v. l. n. r.): Heinz Werner Gabler, Udo Linden, Steffi Loth, Christian (Erwin) Lingemann, Mario Bogner, Benedikt Holtz, Corinna Schorn, Daniel Wiedemann, Viktor Heydock, Annika Wiese, Marco Christen, Lydia Ril, Katrin Henrichs



Der **Fachausschuss „K“** (v. l. n. r.): Manuel Kiy, Jörg Weinbrenner, Christian Mühler, Markus Hentschel, Erik Lehnert, Werner Comes, Frank Wimmel, Dietrich Gödker, Gerald Gouasé, Barbara Huwer, Jennifer Otto, Daniel Wiedemann, Christiane Schäfer, Sven Hummel, Franco Sicuranza, Bernd Becker

Die Gremien der Landes-GdP werden fachlich unterstützt durch die **Fachausschüsse Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Technik, Beamte/ Besoldung, Tarif und Gesundheit/ Arbeitsschutz.**

Die Konstituierung der **Fachausschüsse Tarif** sowie für **Gesundheit und Arbeitsschutz** stehen noch aus. Die anderen haben sich bereits in den neuen Zusammensetzungen für die kommenden vier Jahre getroffen und die Arbeitsfähigkeit hergestellt.

Der **Fachausschuss Technik (FAT)** hat erneut **Robert Dörflinger** als Vorsitzenden bestimmt. Auch inhaltliche Themen wurden bereits behandelt, z. B. die Leistungsbeschreibung der neuen Funkstreifenwagen und der neuen Schutzwesten. In den nächsten vier Jahren wird es wichtig sein, die guten Kontakte ins PP ELT zu vertiefen und bei der Frage der technischen Ausstattung der Polizei im digitalen Zeitalter mitzureden.

Auch beim **Fachausschuss Schutzpolizei (FAS)** blieb es bei der bisherigen Vorsitzenden: **Corinna Koch**. Die Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes war u. a. wiederkehrendes Thema des ersten Treffens.

Der **Fachausschuss Beamtenrecht/ Besoldung** hat sich neu aufgestellt. Vorsitzender wurde **Marco Christen**. Er wird unterstützt durch seinen Vertreter **Udo Linden**. Die ehemalige Vorsitzende **Steffi Loth** ist nun – zusammen mit **Heinz Werner Gabler** – im geschäftsführenden Landesvorstand für den **Fachausschuss** verantwortlich. Auch dieser Ausschuss war sofort gefordert, denn es galt die GdP-Stellungnahme zur ArbeitszeitVO und UrlaubsVO (Erhöhung Zusatzurlaub für WSD) fertigzustellen.

Auch beim **Fachausschuss Kriminalpolizei (FAK)** gab es Wechsel im Team und in der Führung. Künftig wird **Frank Wimmel** gemeinsam mit Vertreter **Sven Hummel** den FAK leiten. **Bernd Becker**, alter und neuer Verantwortlicher im gLV, bedankte sich bei dem bisherigen Vorsitzenden **Dietrich Gödker** sowie dessen Vertreter **Werner Comes** und dem RP-Vertreter im Bundesfachausschuss „K“, **Gerald Gouasé**, für angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit. Ein ganzer Blumenstrauß von Themen wurde behandelt und Mitte Februar in einem FAK-Flugblatt darüber berichtet.



Diskussion über neue Funkstreifenwagen

Diese Themen wurden in der Februarsitzung des Hauptpersonalrates behandelt:

Berichte

Einigungsverfahren reduzierter Funkstreifenwagen

Die Vorsitzende Sabrina Kunz berichtet über den Einigungstermin. Demnach werden weitere Fustw. in reduzierter Ausstattung beschafft. Der Dienstherr verpflichtet sich allerdings, in künftigen Verfahren die Fahrzeuge für die Wasserschutzpolizei gesondert auszuschreiben und darauf hinzuwirken, dass die „Fustw-r.A.“ nur bestimmungsgemäß eingesetzt werden.

GAP-Wechselschichtdienst

Steffi Loth und Bernd Becker berichten über eine Videokonferenz der AG GAP-WSD: Nach Erledigung der westpfälzischen Einigungsverfahren ist der Wirkbetrieb der neuen VV überall angelaufen. Es gibt Unklarheiten bzgl. der zu erfassenden Daten im Evaluationsbogen, die im Februar geklärt werden sollen. Abweichend vom Evaluationskonzept wurden im PP Koblenz schon nach wenigen Tagen Arbeitszeitverteilungen von Dienstgruppen und Einzelpersonen erhoben, was zu Unruhe führte.

GAP-Kriminalpolizei

In der Sitzung des Steuerungskreises wurde beschlossen, dass das nächste Teilprojekt des GAP-Projektes unter der Überschrift „GAP-Kriminalpolizei“ in Angriff genommen wird.

Beförderungen

Heinz Werner Gabler berichtet über die Vorbereitungen des diesjährigen Beförderungsverfahrens. Die Kriterien bis A 11:

A 10 und A 11 FH: 31%

A 10 und A 11 BW: 21%

Die Zuweisungen A 12 / A 13 erfolgten Anfang Februar. Insgesamt ist das Verfahren gut in der Zeit.

Aufgaben und Zuständigkeiten

Der AG-Entwurf eines neuen Rundschreibens über die Zuständigkeiten ist für eine letzte Abstimmung an die Behörden gegangen und wird



voraussichtlich in der März Sitzung vorliegen.

Schutzkleidung Kriminalpolizei

Es gibt eine grundsätzliche Zusage des Mdl bzgl. der Beschaffung der noch ausstehenden Schutzkleidung aus dem AG-Ergebnis von 2017. Für die Beschaffung geeigneter Overalls für die Bereiche Kriminaltechnik, Brandermittlung und Umwelt hat der HPRP eine Nutzerbeteiligung angeregt.

Meinungsverschiedenheiten zwischen HPRP und Mdl gibt es bei der Frage Allradantrieb. **Auf Betreiben des HPRP wird der Fehlbetankungsschutz als A-Kriterium in die Ausschreibung aufgenommen.**

Die Ausschreibung bezieht sich auf über 350 neue Fahrzeuge. Neu ist, dass von vorneherein auch eine zivile Variante mit ausgeschrieben wird.

Der HPRP hat der Leistungsbeschreibung für den Fustw. der nächsten Generation nach intensiver Befassung letztlich zugestimmt.

Leistungsbeschreibung Fustw. – neu

Stefan Vehar als Mdl-Vertreter erläutert die Hintergründe der vorliegenden Leistungsbeschreibung. Die Ausschreibung berücksichtigt alle aktuellen Entwicklungen und Anforderungen, insbesondere im Hinblick auf die Unterbringung der LebEl-Ausstattung. Aber auch die Stellplätze in den beteiligten Behörden mussten berücksichtigt werden.

Projekt EMM

Astrid Grünanger und Michael Maus von der Abteilung ZT des PP ELT berichten über den Sachstand. Der Umgang mit der SAP-Software zur Inventarisierung, Erfassung und Verwaltung von Einsatzmitteln soll optimiert und vereinheitlicht werden.

Wichtiger Bestandteil wird die Fortbildung der betreffenden Kolle-



Die ursprüngliche Bewertung des Ministeriums, dass ein Falschbetankungsschutz als Ausschlusskriterium den Kreis der Anbieter zu sehr einschränken würde, teile ich schon lange nicht mehr. Ich bin froh, dass es endlich gelungen ist, den Schutz der Kolleginnen und Kollegen in der Frage der Falschbetankungen in den Vordergrund zu rücken. Regressverfahren aus diesem Grund werden somit der Vergangenheit angehören.“

**Ingo Schütte,
stellv. Landesvorsitzender**



AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

ginnen und Kollegen sein. Dazu wird es beispielsweise Intranet-Videos zur Anleitung geben. Das System selbst soll ertüchtigt, auf das Wesentliche zurückgeführt und nutzerfreundlicher werden. Es soll bis hin zum T-SB auf den Dienststellen als Unterstützung wahrgenommen werden. Der HPRP hat der Einrichtung des Projektes zugestimmt und entsendet ein Mitglied.

Projektplanung zNuE

Inspekteur Jürgen Schmitt und Dittmar Fuchs von der Technikabteilung des PP ELT informieren das Gremium über die Planungen – insbesondere Personal – zum Projekt „zentrale Notrufannahme und Einsatzsteuerung“:

Das Projekt läuft im PP Mainz gut; der Personalmehrbedarf wird durch die Praxis bestätigt. Nach dem PP Mainz soll als nächste Behörde das PP Koblenz die Notrufannahme und das Einsatzmanagement zentralisieren.

Die qualitativen Vorteile der Zentralisierung gelten als erwiesen. Mit der Zentralisierung soll die Möglichkeit verbunden sein, bei „Kleinst-Dienststellen“ die technischen Voraussetzungen für eine vorübergehende taktische Nichtbesetzung zu schaffen. In der Praxis soll das so sein, dass bei einer Mindeststärke von 1:3 zwei Streifenteams besetzt werden können.

Der Personal-Mehrbedarf für die FZEn soll sukzessive aus dem Personal aufwuchs der kommenden Jahre dargestellt werden und zwar rechnerisch zu einem Drittel aus dem Potenzial des jeweiligen PP und zu zwei Dritteln aus dem „Anteil“ des Landes. Für jede FZ sollen zudem zwei Stellen für Tarifbeschäftigte (Einsatzassistent/-innen) zur Verfügung stehen.

Der Mehrbedarf an polizeilichem Personal beläuft sich auf insgesamt 76 VZÄ. Das PP Koblenz soll im Oktober 2021 in den Wirkbetrieb gehen; dazu würde der Personalbedarf aus dem Land zu den beiden vorangehenden Versetzungsterminen zuversetzt.

Es entsteht eine Diskussion über die Verwendung aufwachsenden Personals insgesamt und die Einschätzung, ab wann mit spürbarer Verstärkung zu rechnen ist.

Im Projekt soll der Personalbedarf ständig evaluiert werden. Beispielsweise sind die Auswirkungen von „MoAP“ und der „taktischen Nichtbesetzung“ zu beobachten.

Die Beschaffung und Implementierung eines neuen Einsatzleitsystems und damit verbundener Anwendungen lässt ebenfalls personelle Konsequenzen erwarten.

Der Hauptpersonalrat hat den Sachstand des Projekts zur Kenntnis genommen und der Fortführung zugestimmt.

Orga-Änderung an der HdP

Der Bereich „Führung und Zusammenarbeit“ wird künftig einheitlich an einer Stelle dargestellt und nicht mehr getrennt nach Aus- und Fortbildung. Der HPRP hat zugestimmt.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Die Kollegin Diana Gläßer berichtet über Beispiele aus ihrer Arbeit als „Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“. Im Kern geht es ihr darum, durch Aufklärung und Information dazu beizutragen, dass alle Kolleginnen und Kollegen im Beruf keine Nachteile erfahren und keine Energie aufbringen müssen, um Teile ihres Privatlebens zu verschleiern.

Die Rolle der Polizei im Umgang mit Lesben, Schwulen oder Transgendern (oder, oder ...) ist ebenfalls Thema der Ansprechstelle.

Dass auch Straftaten mit dem Hintergrund der Diskriminierung wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung als „KPMD“ meldepflichtig sind, sei längst nicht allen bekannt, erklärte die Kollegin Gläßer.

Was muss an der PDV 386 geändert werden, um Transpersonen, die in den Polizeidienst wollen, nicht zu diskriminieren? Zu dieser Fragestellung hat Diana Gläßer im MdI vorgetragen.

AG Verkehrsüberwachungskonzept

Der HPRP hat der Einrichtung einer AG zugestimmt, die ein zukunftsweisendes Verkehrsüberwachungskonzept entwerfen soll. Der HPRP entsendet einen Teilnehmer.

Sabrina Kunz, 0 61 31-16-33 65

René Klemmer, -33 78

Heinz Werner Gabler, -33 79

Steffi Loth, -65-30 40

Bernd Becker, -33 80

KURZ & KNACKIG

■ Bevölkerung: Prognosen sind so eine Sache

„Prognosen sind schwierig, besonders, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen“, hat einmal ein schlauer Mensch gesagt.

Das Statistische Landesamt hat es trotzdem jetzt in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Innenministerium wieder gewagt – okay, ist ja die Aufgabe der Behörde.

Im Pressehandout heißt es:

„Trotz höherer Geburtenrate und deutlichen Wanderungsüberschüssen wird Rheinland-Pfalz auf mittlere Sicht weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben. Das zeigt die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes. ... Nach der Vorausberechnung wird die Einwohnerzahl des Landes mittelfristig bis 2040 unter 4 Mio. fallen.“

Die etwas betagteren Gewerkschafter erinnern sich an die Zeit, als unter 3,9 Mio. Menschen unser wunderschönes Bundesland bevölkerten. Die Prognose für das Jahr 2017 lag noch deutlich darunter und ging Richtung 3,7 Mio. Menschen. Diese Prognose war Grundlage für die Einsparungspläne in der Daseinsvorsorge, auch bei der Polizei.

Die tatsächliche Entwicklung ist umgekehrt verlaufen. Es gab in 2017 rund 4,1 Mio. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, Tendenz steigend.

Hinzu kam eine wenig erfreuliche Entwicklung der Sicherheitslage, auch im Zusammenhang mit dem auf Rheinland-Pfalz entfallenden Anteil der globalen Wanderebewegungen.

Vorsorglicher Hinweis

Also, liebe Entscheidungsträger in der Politik: Bitte nicht den gleichen Fehler zweimal machen. Wenn in 30 Jahren möglicherweise 100.000 Menschen weniger hier leben, ist das kein Grund, bei der Polizei den Rotstift anzusetzen.

https://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/einzelansicht/news/detail/News/2650/



Unerlässlicher und wichtiger Beitrag

In loser Folge stellen wir in der DP die Arbeit von Tarifbeschäftigten in der Polizei vor. Für diese Ausgabe hat sich der GdP-Kollege Patrick Müller mit der Arbeit unserer Sozialberaterinnen und Sozialberater vertraut gemacht. Hier sein Bericht:



Intensives Engagement

Sozialberaterinnen und Sozialberater sind seit ca. 20 Jahren eine feste Institution in der rheinland-pfälzischen Polizei und nicht mehr wegzudenken. Es handelt sich in der Regel um Tarifbeschäftigte mit entsprechendem Studium. Die Kolleginnen und Kollegen haben ein breites Aufgabenspektrum abzudecken; ein Hauptmerkmal der Arbeit ist intensives, zuweilen aufopferndes Engagement.

Zuständig für alle

Die Sozialberatung ist für alle aktiven und pensionierten Mitarbeiter der jeweiligen Präsidien und deren Angehörige Ansprechpartner. Egal, ob sie Beamte oder Tarifbeschäftigte sind und ob sie eine leitende Position bekleiden oder nicht. Sinnvoll, die Sozialberatung in Anspruch zu nehmen, ist es immer dann, wenn es Unterstützung braucht, gleich aus welchem Anlass.

Ob es sich um dienstliche Belange, wie z. B. Wiedereingliederung in den Berufsalltag nach längerer Erkrankung oder Konflikte am Arbeitsplatz mit Kollegen oder Vorgesetzten handelt. Aber

auch mit privaten Problemlagen, wie z. B. Krankheit oder familiäre Schwierigkeiten, ist es möglich, sich an die Sozialberatung zu wenden.

Gesprächspartner und erste Anlaufstelle

Die Sozialberaterinnen und Sozialberater verstehen sich als Gesprächspartner und erste Anlaufstelle. Gemeinsam mit dem Ratsuchenden wird



nach Lösungen gesucht und beratschlagt, welche gezielte fachliche Hilfe für sie oder ihn die richtige sein kann. Unterstützt wird die Sozialberatung von nebenamtlichen sozialen Ansprechpartnern.

Konkrete Aufgaben

Konkrete Aufgaben sind z. B. die Psychosoziale Betreuung im Rahmen eines ganzheitlichen- und lösungsorientierten Ansatzes, z. B. bei folgenden Themen:

- Zwischenmenschliche Konflikte am Arbeitsplatz
- Außergewöhnliche und belastende dienstliche Einsätze und Ereignisse
- Betriebliche Suchtarbeit
- Beratung/Betreuung bei körperlichen und psychischen Erkrankungen
- Beratung/Begleitung/Vermittlung bei persönlichen Problemen (Partnerschaft, Erziehungsprobleme, Krankheit, Tod von Angehörigen, wirtschaftliche Notlage, etc.)
- Beratung von Mitarbeitern im Ruhestand und deren Angehörigen
- Beratende Unterstützung von Führungskräften aller Ebenen

Auch die Konzeptentwicklung und Fortschreibung von Beratungs- und Hilfsangeboten, zugeschnitten auf das jeweilige Präsidium, die Erarbeitung von Schulungs- und Präventionskonzepten, fachlich orientierte Vernetzung mit bestehenden Hilfssystemen, Mitarbeit in fachspezifischen Arbeitskreisen auf regionaler Ebene, behördeninterne Kooperation mit allen relevanten Abteilungen und Direktionen, fachliche Begleitung, Koordinierung und Fortbildung der nebenamtlichen Sozialen Ansprechpartner sowie die Zusammenarbeit mit KITPOL (Kriseninterventionsteam der Polizei) gehören zu den weiteren Tätigkeitsfeldern der Sozialberaterinnen und Sozialberater unserer Polizei.

Wie an vielen anderen Stellen spielen Tarifbeschäftigte auch in der Sozialberatung eine überaus wichtige Rolle und leisten einen unerlässlichen Beitrag zum Miteinander in den Behörden der rheinland-pfälzischen Polizei.

Patrick Müller, PP Rheinland





„Bitte, das ist für dich.“

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wie würdest du reagieren, wenn dir jedes Jahr jemand 835 EUR* schenken würde? Die Frage erübrigt sich, denn die Antwort ist klar.

Der Staat hat für dich jedes Jahr ein Geldgeschenk parat. Mit diesem Geschenk fördert der Staat deine Altersvorsorge. 175 €, 185 €, 200 €, 300 € aus diesen Beträgen setzt sich deine staatliche Förderung zusammen. Es geht also nicht nur um „ein paar Cent“.

Hol dir deine persönlichen Zulagen vom Staat und lass' sie nicht liegen!

Sichere dir mit der GdP-Rente deine Zulagen vom Staat. Profitiere als GdP-Mitglied von den auf Polizisten abgestimmte Leistungen!

Nähere Informationen zur GdP-Rente und über die Höhe deiner persönlichen Förderung erhältst du über unser PSW.

Nutze das Antwortschreiben (siehe unten)!

Dein Ansprechpartner der Polizeiversicherung wird sich dann mit dir in Verbindung setzen.

* Beamter, verheiratet (2 Kinder, geboren 1995/2010)



Ja, ich interessiere mich für die GdP-Rente und wünsche nähere Informationen.

Einfach Formular ausfüllen, zurücksenden, faxen oder mailen an:

PSW Rheinland-Pfalz GmbH
 Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
 55129 Mainz
 Fax: 06131 96009 27
 Mail: psw-rp@gdp.de



Das finde ich auch noch interessant:

- Zulagensatz bei Unfällen
- Privatärztliche Behandlung
- Polizeitarif fürs Auto
- Absicherung bei Dienstunfähigkeit

Bitte informiert mich umfassend über die Vorteile der GdP-Rente.

 Name, Vorname

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Wohnort

 Telefon / Fax

 E-Mail @

- Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich Mitarbeiter oder Vermittler der SIGNAL IDUNA Lebensversicherung AG – ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe – zum Thema GdP-Rente oder einem der gewählten Themen telefonisch, per E-Mail oder Fax kontaktieren.

 Datum, Unterschrift



VERSAMMLUNG NEUWIED-ALTENKIRCHEN

Landesvorstand stark vertreten

Zur Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen im Westerwald-Treff in Oberlahr waren neben der Landesvorsitzenden Sabrina Kunz auch Tarifexperte René Klemmer und Kreisgruppenmitglied Bernd Becker angereist.



Der Kreisgruppenvorsitzende Yannick Seibert (links) mit den anwesenden Jubilaren (v. r.): Detlef Benner, Beate von Tolkaacz, Michael Leibauer. Glückwunsch und Dankeschön auch von der Landes-GdP.

Foto: Weinmann

Die Aufgaben waren klar verteilt: Yannick Seibert berichtete über die Aktivitäten der Kreisgruppe, René Klemmer motivierte die Mann- und Frauschaft für die anstehende Tarifaufeinandersetzung. Sabrina Kunz beschrieb leidenschaftlich die Ziele und Positionen der Landes-GdP. Bernd Becker kam die Rolle zu, Hintergrundinformationen zum Thema „GAP-WSD“ zu geben.

Ehrungen

25 Jahre: Esser Carsten, Kandels Sabine, Leibauer Michael, von Tolkaacz Beate

40 Jahre: Held Thomas, Reinschmidt Wolfgang, Rötzel Volker, Schneider Klaus, Ziegelmeier Margarete

50 Jahre: Benner Detlef, Dötsch Reiner, Jakobs Erhard, Maus Udo, Stoffels Walter

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

75 Jahre

Engelbert Zасhel,
KG Vorderpfalz
Karin Sonne,
KG Rhein-Nahe

80 Jahre

Jürgen Bollinger,
KG Vorderpfalz

90 Jahre

Willi Stillemunke,
KG PP/PD Mainz

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Karl Höhn, KG PD Pirmasens

Gerd Bertram, KG PD Mayen

TERMIN KG KOBLENZ

Die Kreisgruppe PP/PD Koblenz lädt zur Mitgliederversammlung ein.

**Do., 14. 3. 2019, 15 Uhr,
PP Koblenz, Raum 193**

Unter anderem stehen auf dem Programm:

- Fachvortrag zum Thema Altersvorsorge für Aktive und Rentner / Pensionäre
- Ehrungen langjähriger Mitglieder

*Der Vorstand freut sich auf Euch
Sascha Büch, KG-Vorsitzender*

TERMIN SENIOREN WESTPFALZ

Die Seniorengruppe der GdP-Bezirksgruppe Westpfalz lädt herzlich ein zum nächsten Stammtisch.

**Do., 14. 3. 2019, 15 Uhr,
Gaststätte der SG Eintracht,
Kaiserslautern,
Entersweiler Str. 52**

Wer solche aber auch andere wichtige Infos per E-Mail erhalten möchte, meldet sich bitte bei

heinz.rahm@web.de

WIR TRAUERN UM

Hugo Linxweiler,
KG PP/PD Mainz

Barbara Ludwig,
KG PP/PD Mainz

Kurt Mistler,
KG PP ELT WSP

Angela Zimmer,
KG PP ELT Mainz

Alois Ochs, KG LKA

Gerda Frenz,
KG PP/PD Mainz

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

